

AUS DEM RAT

**Fernwärme:
Manöver des
Rückzugs?**

Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann teilte dem Rat mit, einen Brief vom Vorstand von BS-Energy erhalten zu haben, in dem es um die Fernwärme-Satzung geht und im Zusammenhang damit um den Fernwärme-Anschlusszwang. „Durch Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung durch den Bundestag am 6. Juni 2008 wären wir nun in der Lage, die Wirtschaftlichkeit des geplanten Fernwärmeausbaus ... eingehend zu prüfen“, heißt es in dem Brief.

Die Erhöhung der Preise für Energie, Kohle, Gas und Öl würden eine erneute sorgfältige Analyse zur Realisierbarkeit des Fernwärmeausbaus erforderlich machen. Dieser Ausbau im Umfang der geplanten Satzungszone könne nur realisiert werden, wenn eine Entscheidung zugunsten des geplanten Baus der Gas- und Dampfturbinen-Anlage getroffen werde.

BS-Energy könne zum jetzigen Zeitpunkt keine verbindliche Zusage zum Projekt und dem als Entwurf vorgelegten Förderprogramm machen. „Voraussichtlich Ende August werden wir unsere Entscheidung zur Realisierbarkeit des Projektes mitteilen“, heißt es im Brief.

„Alle bisherigen Berechnungen und Kalkulationen haben Änderungen erfahren“, so Hoffmann. Es habe also bislang keinen Sinn gemacht, in eine öffentliche Diskussion über den Fernwärme-Anschlusszwang einzusteigen. Genau das kritisierte Gisela Witte, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen. Sie sei verwundert, dass sich die Stadt keine Informationen verschaffe und sich nur auf BS-Energy verlasse. „Wir fühlen uns verschaukelt, so wie die Bürger auch“, meinte Udo Sommerfeld, Linke-Fraktionschef. Peter Rosenbaum (BIBS) sieht in dem Brief ein Rückzugsmanöver von BS-Energy, weil die Bürger nicht dahinter stehen würden. Der Oberbürgermeister verstehe die Aufregung nicht, denn „wir sind in der Zeitachse“, ein Beschluss über Anschlusszwang oder nicht solle erst im Dezember gefasst werden. „Wir warten erst die Berechnungen ab“, so Hoffmann. *mj*

**„Kalte Füße und Angst
vor einer Debatte“**

Hoffmann verwundert, dass das Thema Schloss nicht mehr wichtig ist

**Fortsetzung von Seite 1.
Hoffmann wirft der Opposition vor, kalte Füße und Angst vor einer Grundsatze-debatte bekommen zu haben und nun das Thema als nicht mehr „wichtig“ für den Rat anzusehen.**

Dabei hatte das zu Beginn der gestrigen Mammutsitzung mit 33 veranschlagten Tagesordnungspunkten einen ganz anderen Anschein. Denn schon zur Geschäftsordnung, also darüber abzustimmen, das Thema Schloss und Quadriga als zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen, gab es eine hefti-

ge Debatte. In der warfen die Fraktionen verbale Giftpfeile. Für Udo Sommerfeld, Linke-Fraktionsvorsitzender, ist das Schloss eine Attrappe, er nannte die Quadriga „eine Ansammlung von Pferdchen“. Für SPD-Fraktionschef Manfred Pesditschek ist das Verfahren mit der Schenkungsannahme ein „Verstoß gegen die politische Kultur“. „Sie können bei dieser Debatte nur verlieren“, richtete FDP-Fraktionschef Daniel Kreßner an Pesditschek.

Nach 45 Minuten wurde dann endlich abgestimmt. Da es sich beim Vorschlag von Dr. Hoffmann nicht um einen dringlichen Tagesordnungspunkt handelte, bedurfte es eines einstimmigen

Ratsbeschlusses. Wie schon vorher angekündigt, lehnten es die Oppositionsparteien ab, die Tagesordnung um den Punkt „Braunschweiger Residenzschloss – Bilanz und Ausblick“ zu erweitern.

Hoffmann war überrascht: Erst habe die Opposition beantragt, das Thema „Quadriga-Vertrag“ im Rat zu behandeln. Nachdem dies aber zuständigkeitshalber der Verwaltungsausschuss entschieden hatte und dies formal auch nicht mehr möglich gewesen sei, habe er dann aber diesen Wunsch, über Schloss und Quadriga einmal grundsätzlich im Rat zu debattieren, verstanden und aufgenommen.

Anstrich für Fassade

Kavaliershäuser auf Schlossanlage Richmond

„Aufgrund der Lage der Kavaliershäuser an der stark frequentierten Wolfenbütteler Straße ist der Verschmutzungsgrad der Fassaden besonders hoch. Ein Erneuerungsanstrich ist für den Spätsommer 2008 vorgesehen.“ Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink bejahte die Frage der SPD, ob es bereits konkrete Pläne zur Instandsetzung der Gebäude gebe.

Die geschätzten Kosten für die Verschönerung beliefen sich auf 28 500 Euro, sagte Zwafelink, weitere Maßnahmen seien nicht

vorgesehen, „abgesehen von den Straßenfassaden befinden sich die Gebäude in einem guten Erhaltungszustand“.

Erst Mitte der 1990er-Jahre sind die Kavaliershäuser laut Stadt umfangreich saniert und restauriert, die gesamte Fassade überarbeitet, Fachwerk und Traghölzer ausgetauscht und ausgebessert sowie die Dächer instandgesetzt worden.

Die SPD hatte bemängelt, dass die Gebäude einen hässlichen Kontrast zur eigentlichen Schlossanlage bildeten. *bp*

Noch immer Thema

Spaßbad und Bürgerbegehren aufgegriffen

Über den Bau eines Erlebnisbades an der Hamburger Straße wird es keinen Bürgerentscheid geben, das Bürgerbegehren „Schwimmbäder in Braunschweig“ ist vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Das ist nicht neu, und doch beschäftigt sich der Rat noch immer mit diesem Thema.

„Von Seiten der Stadtbad GmbH wurden keine konkreten Gespräche beziehungsweise Verhandlungen über die Nach-

nutzung von Bäderstandorten geführt“, antwortete Erster Stadtrat Carsten Lehmann auf die Frage der Bibs, ob es Bemühungen der Stadt gäbe, die Bäder Nordbad, Wenden, Gliesmarode und Waggum an freie Träger oder Vereine zu übergeben und somit den Betrieb weiterzuführen.

Nach Inbetriebnahme des neuen Freizeit- und Erlebnisbades sollen die alten Bäder geschlossen werden. *bp*

SPLITTER

Noch keine Erkenntnisse gibt es zum Thema „Erweiterung der Parkmöglichkeiten in den Schlossarkaden“. Die FDP will die Öffnungszeiten bis in den späten Abend hinein verlängern, damit etwa Theaterbesucher dort ihre Autos bis zum Ende der Theateraufführung parken können. „Das Schallgutachten zur Verlängerung der Öffnungszeiten wurde ausgewertet, ECE benötigt einige Wochen zur Prüfung und Bewertung der Maßnahmen“, sagte Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink.

*

„Es bestehen konkrete Überlegungen, das Haus Entenfang zum informativen Anlaufpunkt für Besucher umzuwandeln“, so Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink später. Die CDU hatte angeregt, ein Informationszentrum über Natur und Landschaft am Standort Riddagshausen zu errichten. Die Verwaltung hat einen entsprechenden Antrag beim Umweltministerium gestellt.